

Mehr Wohlstand, aber leider nicht für alle

Aktuelle Entwicklungen von Armut in Österreich.

Autor: Martin Schenk

Sozialexperte, Stv. Direktor der Diakonie

Ein Leben auf dem Drahtseil in Balance zu halten ist fast unmöglich. Armut bedeutet einen tagtäglich belastenden Drahtseilakt zwischen „es gerade noch schaffen“ und Absturz. Die Betroffenen sind bunter als der schnelle Blick glauben macht: Der Dauerpraktikant mit Uni-Abschluss und der Schulabbrecher, die Alleinerzieherin und die Langzeitarbeitslose, der Mann mit Depression und der Überschuldete, das Mädchen in der Leiharbeitsfirma ebenso wie der Sohn als Ich-AG.

Armut setzt sich stets ins Verhältnis. Sie manifestiert sich in reichen Ländern anders als in Kalkutta. Menschen, die in Österreich von 700 Euro im Monat leben müssen, hilft es wenig, dass sie mit diesem Geld in Kalkutta gut auskommen könnten. Die Heizkosten sind hier zu begleichen, die Miete ist hier zu zahlen, der Einkauf hier zu erledigen und die Kinder gehen hier zur Schule. Deshalb macht es Sinn, Lebensverhältnisse in den konkreten Kontext zu setzen. Armut ist weniger ein Eigenschafts- als ein Verhältniswort.

Prinzip (Un-)Freiwilligkeit

Armut ist das Leben, mit dem niemand tauschen will. Hier kommt das Prinzip der (Un-)Freiwilligkeit ins Spiel, es geht nicht um freiwillig gewählte Armut, wie sie z. B. von Mönchen oder Asketen praktiziert wird. Die Sozialwissenschaft

spricht von unfreiwilliger, nicht selbst gewählter Armut: Arme haben die schlechtesten Jobs, die niedrigsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen, sie sind in den krankmachendsten Bereichen tätig, wohnen in den schlechtesten Vierteln, besuchen die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten¹ – außer beim Tod, der ereilt sie um Jahre früher als Angehörige der höchsten Einkommensschicht. Steige ich im 15. Wiener Gemeindebezirk in die U-Bahn und am Stephansplatz wieder aus, dann liegen dazwischen wenige Minuten Fahrzeit, aber vier Jahre an Lebenserwartung der jeweiligen Wohnbevölkerung.²

Mangel an Möglichkeiten

Armut heißt eben nicht nur ein zu geringes Einkommen zu haben, sondern bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten, um an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestausmaß teilhaben zu können: Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung. Wirtschafts-Nobelpreisträger **Amartya Sen**³ spricht in diesem Zusammenhang von einem Mangel an existenziellen Freiheiten. Armut ist eine der existenziellsten Formen von Freiheitsverlust.

„Reiche werden reicher“, „Soziale Ausgrenzung steigt“, „Einkommensarmut sinkt“ – das waren Schlagzeilen in den Tageszeitungen der vergangenen Tage. Zumindest die beiden letzten Schlagzeilen scheinen widersprüchlich, sind sie aber im Detail nicht. Drei

Schlüsse können wir aus dem kürzlich präsentierten Sozialbericht ziehen:

- 1.** Die bedrückenden Lebenssituationen steigen ganz unten.
- 2.** Der Sozialstaat bremst die sozialen Folgen der Krise und stabilisiert die Mitte.
- 3.** Es gibt eine äußerst hohe Konzentration des Vermögens ganz oben.

Zum Ersten

Wachsende Ausgaben in den zentralen Positionen Wohnen, Energie und Ernährung verursachen große Probleme; gesundheitliche Beeinträchtigungen und psychische Erkrankungen, schlechte und prekäre Jobs, Einsamkeit und Beschämung machen einer wachsenden Zahl von Menschen zu schaffen. Bedrückende und ausgrenzende Lebenssituationen steigen seit Anfang der 2000er-Jahre. Menschen, die am Limit leben, haben geringere Aufstiegschancen. Ihre Zukunft wird von der sozialen Herkunft bestimmt. In Österreich haben Kinder aus Elternhäusern mit geringem sozialem Status eine schlechtere Chance auf eine gute Ausbildung. Hinweise: Der Anstieg der MindestsicherungsbezieherInnen, die größere Nachfrage in Notunterkünften oder Sozial-

¹ Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (2009): Handbuch Armut in Österreich, Studienverlag.

² SartClim (2009).

³ Sen, Amartya (2000). Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft.

Arme haben die schlechtesten Jobs, die niedrigsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen, sie sind in den krankmachendsten Bereichen tätig, wohnen in den schlechtesten Vierteln, gehen in die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten – außer beim Tod, der ereilt sie um Jahre früher als Angehörige der höchsten Einkommensschicht.



märkten, die – mit Schwankungen – insgesamt Zunahme der „manifesten Armut“ sowie der „Armutsdauer“ seit 2004. Und die Anzahl von Menschen, die als einkommensarm, **depriviert** und erwerbsarbeitslos ausgewiesen wird, hat sich verdoppelt.⁴ Dabei werden diese Entwicklungen noch unterschätzt, da es sich hier um eine Statistik von Privathaushalten handelt und Notunterkünfte, Heime, Psychiatrien etc. nicht erfasst sind. Eine aktuelle Studie mit BezieherInnen von Sozialhilfe hat auf eindrückliche Weise die schwindende soziale Integrationskraft von Erwerbsarbeit gezeigt.

Der Soziologe Manfred Krenn berichtet von Menschen, die zwischen letztem sozialen Netz und schlechten, desintegrativen Jobs hin- und herpendeln. Da gibt es jedenfalls ordentlich was zu tun, um die Systeme der Armutproduktion auszuheben: leistbares Wohnen, Arbeit, von der man leben kann, Schule, die nicht aussondert, soziale Dienstleistungen, die entlasten und aufhelfen.

Die zweite Entwicklung

Sozialstaatliche Instrumente können soziale Folgen der Krise bremsen. In Österreich bleiben die Haushaltseinkommen insgesamt stabil. Die Einkommensarmut wird sogar reduziert. Das ist sehr ungewöhnlich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten. Ohne Sozialleis-

tungen wären auch mittlere Haushalte massiv unter Druck und stark abstiegsgefährdet. Im Gegensatz zu Deutschland ist die Einkommensmitte in Österreich wesentlich stabiler. Was wir bei der Einkommensmessung aber nicht sehen, sind die Ausgaben. Besonders die Bereiche Wohnen, Energie und Ernährung sind inflationsbedingt am stärksten gestiegen. Das sind genau jene Ausgaben, die bei einkommensärmeren Haushalten den größten Teil des Monatsbudgets ausmachen.

Und drittens

Es zeigt sich eine äußerst hohe Konzentration der Vermögen ganz oben. Die obersten fünf Prozent besitzen die Hälfte des gesamten Vermögens, die untersten 50 Prozent gemeinsam bloß vier Prozent. Erben ist eine der wichtigsten Vermögensquellen. Die Nationalbank⁵ weist darauf hin, dass Besitzer hoher Geldvermögen nur eingeschränkt erfasst werden. Demnach ist die tatsächliche Ungleichverteilung noch viel größer. Hier gibt es keine Mitte: Die Hälfte der Bevölkerung ist „vermögensarm“, der Rest des Vermögens konzentriert sich ganz oben.

Die OECD sagt: „Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität – aber sie ist nicht unausweichlich.“ Die soziale Schere kommt uns allen teuer. Mehr soziale Probleme verursachen volkswirtschaftliche Kosten. Eine höhere Jugendarmutsquote beispielsweise bringt

steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen. Geht die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auf, bedeutet das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, eine steigende Zahl von Teenager-Schwangerschaften, mehr Statusstress, weniger Vertrauen, zunehmende Gewalt und mehr soziale Ghettos. Dazu gibt es Bücherregale voll empirischer Belege aus der Public-Health-Forschung.

Der Report der Unicef misst mehrere unterschiedliche Aspekte des Wohlergehens von Kindern: Einkommenssituation, Gesundheitszustand, Bildung, Selbstbestimmung. Das Ergebnis: Je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich, desto schlechter die Lebensqualität von Kindern. Der Zusammenhang war in jenem Land am stärksten, in dem die höchste Anzahl der Kinder vorlag, die unter der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land leben. Nicht wie reich wir insgesamt sind, erweist sich als entscheidend, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind. Die soziale Schere geht unter die Haut.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.armutskonferenz.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
martin.schenk@diakonie.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁴ Statistik Austria (2012): EU SILC 2010.

⁵ OeNB (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010.